

Editorial

Markus Griesser, Julia Hofmann

Die neue Regierung – so betonte die Kurswechsel-Redaktion (2001: 3) in ihrem Editorial zum Themenheft „Ein Jahr ‚neu‘ regiertes Österreich“ im Jahr 2001 – sei keineswegs ein „einmaliger Betriebsunfall“. Vielmehr sei sie „Ausdruck sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche“, die das Feld des Politischen grundlegend neu strukturierten.

Diese Diagnose gilt heute, rund zehn Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, mehr denn je. Besagte Krise hat – im Wechselspiel mit anderen Phänomenen wie etwa der ökologischen Krise, der Krise sozialer Reproduktion oder jener gesellschaftlicher Repräsentation – die bereits Anfang der 2000er-Jahre konstatieren Umbrüche nämlich weiter vertieft. Auf politischer Ebene hat das „befremdliche Überleben“ und zusätzliche Erstarken des Neoliberalismus (Crouch 2011, Mirowski 2015) zugleich überall in Europa – und darüber hinaus – konservative, nationalistische und autoritäre Gegenbewegungen hervorgebracht bzw. befördert.

In diesem gesellschaftlichen Kontext bedingte die Nationalratswahl 2017 auch in Österreich eine stabile Mehrheit rechter Kräfte auf parlamentarischer Ebene und ermöglichte so ein Comeback von Schwarz-Blau. Die politische und gesellschaftliche Linke hingegen ist – wie etwa Andreas Novy (2018) in seinem Beitrag zum Debattenforum in Heft 1/2018 des *Kurswechsel* betont hat – weitgehend marginalisiert.

Vor diesem Hintergrund möchte das vorliegende Themenheft des *Kurswechsel* einen Beitrag zur Analyse und Diskussion des schwarz-blauen Projekts, seiner gesellschaftlichen Voraussetzungen und seiner sozialen Implikationen leisten. Im Fokus stehen dabei drei Leitfragen, an denen sich die einzelnen Heftbeiträge in je spezifischer Form orientieren: Zum ersten fragen sie danach, wie sich Schwarz-Blau II in wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Hinsicht zum Neoliberalismus verhält und welche Widersprüche bzw. Bruchlinien hier festzustellen sind. Zum zweiten versuchen sie in den verschiedenen untersuchten Politikfeldern die Bedeutung des Autoritarismus als zentrales Charakteristikum schwarz-blauer Programmatik und Praxis zu ermitteln. Und zum dritten steht das Verhältnis von Schwarz-Blau II zur „Wenderegierung“ der frühen Nullerjahre im Zentrum.

Terminologisch haben wir uns in diesem Zusammenhang entschieden, die Regierungszeit unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, das heißt die Koalitionsregierungen der ÖVP mit FPÖ bzw. BZÖ zu Beginn der 2000er Jahre, einheitlich als „Schwarz-Blau I“, die aktuelle Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz – in Abgrenzung dazu – als „Schwarz-Blau II“ zu bezeichnen. Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse ebenso wie die „Farbenspiele“ (von Blau zu Orange bzw. von Schwarz zu Türkis) bleiben begrifflich mithin unberücksichtigt, ohne freilich die Bedeutung der damit vollzogenen Veränderungen zu übergehen (Puller sowie Beyer/Pühringer in diesem Heft).

Inhaltlich haben wir uns bemüht, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch zentrale Politikfelder in die Untersuchung miteinzubeziehen, wobei einzelne Leerstellen (wie z.B. die Umweltpolitik) leider nicht zu verhindern waren. Hinzu kommt die allgemeine Problematik einer Auseinandersetzung mit dynamischen Gegenwartsphänomenen wie der

aktuellen Regierungspolitik. In den Heftbeiträgen berücksichtigt werden daher in systematischer Form lediglich Prozesse und Ereignisse bis ca. Mitte Juli 2018. Rezente Entwicklungen bleiben zwangsläufig außen vor.

Die Beiträge im Überblick

Was die Beiträge im Einzelnen anbelangt, wird das Heft durch drei Artikel eröffnet, die sich mit den beiden Regierungsparteien bzw. mit einer international-vergleichenden Einordnung von Schwarz-Blau II beschäftigen. In einem zweiten Block finden sich Beiträge, die sich mit allgemeinen Entwicklungstendenzen – etwa mit der sich wandelnden Rolle der Sozialpartnerschaft oder dem veränderten Umgang mit Prinzipien der Rechtsordnung – auseinandersetzen. Die Artikel im Schlussteil des Hefts fokussieren alsdann auf einzelne Politikfelder und die hier konstatablen Transformationsprozesse (Budgetpolitik, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik, Migrations- und Integrationspolitik, Bildungspolitik, Europapolitik).

Armin Puller beschäftigt sich in seinem einleitenden Beitrag mit der aktuellen Lage der ÖVP. Dabei zeigt er, dass diese zwar nach wie vor als gesellschaftlich breit verankerte und komplex organisierte Volkspartei gelten kann. Zugleich habe sie mit dem Wandel zur „neuen Volkspartei“ eine weitreichende Transformation durchlaufen, was sowohl ideologische Verschiebungen als auch innerparteiliche Veränderungen impliziere. Damit konnte dem Autor zufolge das seit dem Ende der Ära Schüssel verbindliche Changieren zwischen liberalerem Neokonservatismus und traditionalistischem Konservatismus zugunsten eines Parteiprojekts überwunden werden, das wesentlich durch eine Annäherung an die extreme Rechte gekennzeichnet ist. Dessen ungeachtet bestehen laut Puller innerhalb der Partei wie auch zwischen den Koalitionspartnern Bruchlinien fort, entlang derer jederzeit Konflikte aufbrechen und Spaltungen vollzogen werden können.

Diese Einschätzung bestätigen **Karl Beyer** und **Stephan Pühringer**, die sich in ihrem Beitrag mit den innerparteilichen Konfliktlinien in der FPÖ beschäftigen. Im Zuge eines kurzen historischen Abrisses bzw. einer netzwerkanalytischen Untersuchung machen sie deutlich, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen unterschiedlichen Flügeln in der Partei aktuell gestaltet. War lange Zeit die Balance zwischen „national-konservativen“ und „liberalen“ Kräften in der FPÖ bestimmend, so hat sich dieser Konflikt laut Beyer und Pühringer mittlerweile verlagert. Auf der Basis ihrer Analyse der Parteilite konstatieren die Autoren nicht bloß eine klare Dominanz des wirtschaftsliberalen Flügels der FPÖ, sondern auch starke personelle Überlappungen zwischen diesem und dem nationalen Parteilite. Demgegenüber spiele der soziale Flügel eine eher marginale Rolle, was impliziere, dass – aller sozialen Rhetorik zum Trotz – eine personelle Verankerung dieses Flügels in der Parteilite bislang weitgehend misslang. In diesem Widerspruch orten die Autoren so auch das größte Konflikt- und Spaltungspotenzial innerhalb der FPÖ.

Joachim Becker bemüht sich in der Folge um eine vergleichende Analyse von Schwarz-Blau II im Kontext des Aufstiegs nationalistischer Rechtsparteien in Europa. Deren Programmatik speist sich ihm zufolge dabei aus zwei Hauptquellen: dem Nationalkonservatismus und dem Neoliberalismus. Diese beiden Leitideologien unterscheiden sich, wie Becker einleitend zeigt, u.a. im Hinblick auf ihr Staatsprojekt und auf ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen. In Abhängigkeit von der Stellung des jeweiligen Landes in der europäischen Arbeitsteilung neigen die Rechtsparteien dem Autor zufolge dabei eher der

einen oder der anderen Leitideologie zu: Vor allem an der europäischen Semi-Peripherie (z. B. Ungarn) dominieren nationalkonservative Programmatiken. In den Zentrumsökonomien hingegen sind die Rechtsparteien stärker neoliberal orientiert. Letzteres gilt nicht zuletzt für Schwarz-Blau II, wobei die neoliberale Grundorientierung hier in besonders ausgeprägter Form durch eine nationalistisch exkludierende Sozialpolitik ergänzt werde.

Mit dem Wandel der Sozialpartnerschaft und der (neuen) Rolle von Gewerkschaften setzen sich daraufhin **Sandra Stern** und **Julia Hofmann** in ihrem Beitrag auseinander. Ausgehend von zentralen Konfliktfeldern des ersten Halbjahrs 2018 (z. B. 12-Stunden-Tag, Sozialversicherungsreform) konstatieren die Autorinnen dabei eine tiefgreifende Veränderung in der Kultur der österreichischen Sozialpartnerschaft ebenso wie einen weitreichenden Machtverlust aufseiten der Beschäftigten. Der Tendenz nach sei eine solche Entwicklung zwar bereits unter Schwarz-Blau I beobachtbar gewesen. Aufgrund von u. a. neuartigen Rahmenbedingungen und veränderten Kräfteverhältnissen deute jedoch vieles darauf hin, dass die neue schwarz-blaue Regierung hier noch konsequenter als ihre Vorgängerin auf einen Bruch mit dem „österreichischen Modell“ abziele. Für die österreichische Gewerkschaftsbewegung ergebe sich daraus, wie die Autorinnen abschließend darlegen, die Herausforderung, neue Strategien zu entwickeln und dabei insbesondere ihre Organisierungs-, Mobilisierungs- und Streikfähigkeit zu überdenken.

Eine „neo-autoritäre Wende im Recht“ ist in der Folge Gegenstand des Artikels der **Redaktion juridikum**. Ausgegangen wird dabei von einer Schwächung grundlegender Prinzipien der österreichischen Rechtsordnung und Rechtswirklichkeit, die von Schwarz-Blau II im Sinne eines „neuen Autoritarismus“ vollzogen werde. Dies zeige sich nicht bloß in den Rechtsnarrativen der neuen Regierung (Stichwort „Rechtsbereinigung“), im intendierten Einfluss auf die oberste Rechtsvollziehung oder in der Schwächung des Rechtsschutzes von sogenannten „Anderen“ (z. B. AsylwerberInnen). Es wird auch am Umgang mit europa- oder völkerrechtlichen Standards deutlich, wie die Redaktion juridikum abschließend anhand einer Auseinandersetzung mit der geplanten Indexierung der Familienbeihilfe zeigt.

Die Budgetpolitik von Schwarz-Blau II im Vergleich zu jener von Schwarz-Blau I ist das Thema, mit dem sich **Romana Brait** und **Pia Kranawetter** in ihrem Artikel auseinandersetzen. Dabei verweisen die Autorinnen einleitend auf eine grundlegende Differenz hinsichtlich der konjunkturellen Rahmenbedingungen, die heute – im Unterschied zu Beginn der 2000er Jahre – als ideal gelten können. Davon abgesehen sei die Entwicklung der Budgetpolitik im Rahmen der beiden Regierungsprojekte jedoch durch Kontinuität gekennzeichnet. Dies gelte für die von ihnen verfolgte Klientelpolitik (für Unternehmen, BesserverdienerInnen und Familien) ebenso wie für ihre Orientierung an einem neoliberalen Sparparadigma. Die Ausrichtung des schwarz-blauen Projekts an neoliberalen Politikkonzepten werde laut Brait und Kranawetter dabei insbesondere in drei Bereichen ersichtlich: am verstärkten Druck auf Erwerbslose, am fortschreitenden Rückbau des Sozialstaats sowie an der forcierten Umverteilung von unten nach oben.

Dem Wandel der Frauen- und Gleichstellungspolitik gehen in der Folge **Franziska Disslbacher** und **Jana Schultheiss** nach. Einleitend arbeiten die Autorinnen dabei wesentliche Entwicklungen in diesem Politikfeld unter Schwarz-Blau I heraus. Diese lassen sich ihnen zufolge zentral als Wende von der Frauenpolitik zur Familienpolitik charakterisieren, während Gleichstellungspolitik Anfang der 2000er Jahre umfassend von der Agenda verschwand. Im Vergleich dazu sei die Programmatik von Schwarz-Blau II durch stärkere Ambivalenzen gekennzeichnet, was aus frauen- und gleichstellungspolitischer

Perspektive auch positive Aspekte umfasse. Das stehe jedoch in scharfem Kontrast zur bisherigen Regierungspraxis – vom sogenannten „Familienbonus Plus“ bis hin zu Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen oder des Gewaltschutzes. Wie Disslbacher und Schultheiss darlegen, verweisen Maßnahmen wie diese – trotz der ambivalenten Programmatik – auf die Gefahr einer neuerlichen Zäsur in der Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Veränderungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik – ebenso wie die geplante Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) – untersucht alsdann **Simon Theurl** in seinem Beitrag. Dabei betont er zum einen Kontinuitäten, stehen die aktuellen Konzepte ihm zufolge doch in der Tradition eines übergreifenden Wandels der Sozialhilfe- und Arbeitsmarktpolitik in Richtung Workfare bzw. Aktivierung. Zum anderen markieren sie laut dem Autor aber auch einen Bruch mit den bisher in Österreich verfolgten Ansätzen in diesem Feld. Konkret bemüht sich die aktuelle Regierung, wie Theurl anhand eines Vergleichs mit Schwarz-Blau I darlegt, die (zum Teil erfolglosen) Reformvorhaben der Jahre 2000–2007 fortzuführen bzw. zu vollenden. Dies gelte insbesondere für die – damals wie heute – geplante Abschaffung der Notstandshilfe nach dem Vorbild der deutschen Hartz IV-Reform, aber auch für den Umbau der Arbeitsmarktverwaltung oder für Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Welche Akzente Schwarz-Blau II im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik setzt, zeigt **Ken Horvath** in seinem Artikel. Dieser betont zwar die neue – und ebenso zentrale wie vielfältige – Rolle von „Migration“ und „Integration“ für das schwarz-blaue Projekt. Zugleich verweist er jedoch auf Entwicklungslinien, die weit darüber hinausgehen. Konkret werde nicht bloß hierzulande bereits seit den 1990er Jahren an der Etablierung eines Migrationsregimes gearbeitet, das der politischen Logik eines nationalen, autoritären Neoliberalismus entspreche. Daher lasse sich der aktuell von Schwarz-Blau II verfolgte Ansatz auch als Vertiefung eines seit vielen Jahren bereits andauernden Transformationsprozesses begreifen. Den Kern dieses Prozesses bilde eine an Sicherheits- und Nutzenlogiken orientierte Form differenzieller Entrechtung bestimmter Gruppen von MigrantInnen – und eben diese gelte es, wie Horvath abschließend darlegt, infrage zu stellen.

In der Folge setzen sich **Barbara Rothmüller** und **Philipp Schnell** mit Entwicklungen im Politikfeld der Bildungspolitik auseinander. Konkret unterziehen die AutorInnen die bildungspolitischen Ansätze von Schwarz-Blau I und Schwarz-Blau II mit Blick auf zwei zentrale Reformlinien einem systematischen Vergleich: In Bezug auf die Akzentuierung eines konservativen Leistungsbegriffs sei laut Rothmüller und Schnell dabei relative Kontinuität zu konstatieren, wobei dies aktuell mit einer verschärften Segregierung sogenannter „Leistungsverhinderer“ einhergehe (Stichwort „Deutschförderklassen“). In Bezug auf die Etablierung neoliberaler Steuerungsformen im Bildungsbereich sei hingegen eher von Diskontinuität auszugehen. Im Unterschied zu Schwarz-Blau I verzichte Schwarz-Blau II hier nämlich u.a. auf die Einbindung von ExpertInnen und setze zudem in verstärkter Form auf Autoritarismus (z.B. Strafen für „SchulschwänzerInnen“).

Abgerundet wird der Heftschwerpunkt mit einem Beitrag zur Europapolitik von Schwarz-Blau II von **Nikolai Soukup**. Dabei verweist der Autor eingangs auf die Bedeutung des Prinzips der Subsidiarität im EU-Diskurs der Regierung. Besagtes Prinzip fungiert ihm zufolge als Klammer für neoliberale (z.B. „Abbau von Regulierungen“) und national-konservative Orientierungen (z.B. „Europa der Vaterländer“). Die von Schwarz-Blau II angestrebte politische und sozioökonomische Ausrichtung der EU verdeutlicht

Soukup in der Folge anhand einer Auseinandersetzung mit deren Positionierung in ausgewählten Politikfeldern. Letztlich zielt diese ihm zufolge darauf ab, die Asymmetrie der neoliberalen Integrationsweise der EU zu verschärfen und diese zugleich durch eine repressivere Grenz- sowie eine restriktivere Migrations- und Asylpolitik zu ergänzen.

Mit Blick auf die oben dargelegten Leitfragen scheint auf der Basis des vorliegenden Themenhefts des *Kurswechsel* die Schlussfolgerung zulässig, dass Schwarz-Blau II – trotz veränderter Akzentsetzungen in einzelnen Bereichen – den unter Schwarz-Blau I eingeschlagenen Kurs fortsetzt und zum Teil noch verschärft. Wie die einzelnen Beiträge zeigen, markieren Neoliberalismus und Autoritarismus dabei zwei wesentliche Bestimmungsfaktoren des schwarz-blauen Projekts: Ersterer ist vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Bedeutung; Letzterer spielt in verschiedenen gesellschaftspolitischen Feldern wie etwa der Integrationspolitik oder der Bildungspolitik eine bedeutende Rolle.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele der zentralen Reformvorhaben, wie sie etwa im Regierungsprogramm von Schwarz-Blau II angekündigt und skizziert sind, bislang noch nicht konkretisiert, geschweige denn umgesetzt wurden. Die Frage, ob und wenn ja, wie dies geschieht, wird wesentlich von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der kommenden Monate abhängen. Wir hoffen, mit dem vorliegenden Themenheft des *Kurswechsel* im Sinne einer Analyse und Kritik des schwarz-blauen Projekts einen Beitrag dazu leisten zu können.

Literatur

- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Kurswechsel Redaktion (2001): Editorial zum Themenheft „Ein Jahr ‚neu‘ regiertes Österreich“. In: *Kurswechsel Heft 1* (2001), 3–6.
- Mirowski, Philip (2015): *Untote leben länger: Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Novy, Andreas (2018): *Parteien in Zeiten des Umbruchs*. Beitrag zum Debattenforum „Schwarz-Blau II: National reden, unsozial handeln“. In: *Kurswechsel Heft 1* (2018), 120–125.